

Es braucht beides für ältere Arbeitnehmende!

Autor(en): **Baume-Schneider, Elisabeth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **116 (2019)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-865625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Es braucht beides für ältere Arbeitnehmende!

Im Februar 2018 hat die SKOS ihre Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen von Erwerbslosen und Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe über 55 präsentiert. Im Zentrum stand dabei die Idee von Ergänzungsleistungen für ältere Arbeitslose ab 58. Im Dezember berät der Ständerat über die Überbrückungsrenten ab 60 Jahren. Überraschend schnell steht damit ein Gesetz zur Debatte, das eine Antwort auf eine gesellschaftliche Entwicklung gibt, die in der Sozialhilfe frühzeitig erkannt wurde: Der Verlust der Arbeit und der Abstieg in die Armut nach langjähriger Berufstätigkeit. In der ersten Session, in der ich den Kanton Jura als Ständerätin vertrete, werde ich also ein Anliegen unterstützen, das auch eng mit meinem Vizepräsidium bei der SKOS verbunden ist.

Kritiker der Vorlage argumentieren, dass die Überbrückungsleistungen dazu führen könnten, dass Arbeitgeber ältere Mitarbeitende schneller entlassen würden.

Es sei viel nütz-

licher, diese Gelder vor dem Arbeitsplatzverlust in die Weiterbildung zu investieren als nachher in Sozialleistungen. Für mich ist ebenso sinnvoll wie klar: Es braucht beides! In der sich heute schnell wandelnden Arbeitswelt braucht es lebenslanges Lernen. Studien zeigen, dass Weiterbildung vor allem eine Möglichkeit und ein Privileg der besser Qualifizierten ist. Damit die Wirtschaft auch in zehn oder zwanzig Jahren über genügend Arbeitskräfte verfügt, müssen wir heute in die Weiterbildung investieren. Dies gilt auch für Menschen, die keine Kaderfunktion innehaben. Gleichzeitig braucht es für jene, die ihre Stelle in den letzten Berufsjahren verlieren, eine gute Lösung, die ihre Existenz sichert. Das hilft nicht nur den Betroffenen. Es hilft auch der Gesellschaft, weil so verhindert werden kann, dass ältere Stellenlose ihre Altersvorsorge frühzeitig aufbrauchen und später Ergänzungsleistungen benötigen.

Durch die neuen Überbrückungsleistungen werden sicherlich nicht alle Probleme gelöst. Es wird nach wie vor Personen geben, die in der zweiten Hälfte der Berufskarriere den Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt verlieren, sei es, weil ihre Qualifikationen nicht mehr gebraucht werden, sei es, weil sie einen Schicksalsschlag erleiden oder krank werden. Der neueste Kennzahlenbericht der Städteinitiative zeigt, dass dieses Risiko sogar schon viel früher steigt, bereits ab einem Alter von 46 Jahren – auch in Zeiten mit sehr tiefer Arbeitslosigkeit. Wichtig ist, dass nun alle Beteiligten zusammenarbeiten: Die Betroffenen, die Arbeitgeber, die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, die Invalidenversicherung und die Sozialhilfe. Erstere wollen in aller Regel wieder arbeiten. Wenn wir es schaffen, in diesem Bereich die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu optimieren, dürfen wir uns darauf freuen, dass es im Jahr 2030 vielleicht keine Überbrückungsleistungen mehr braucht.

Elisabeth Baume-Schneider
Vizepräsidentin SKOS

